Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidg. Departement für Wirtschaft,
Bildung und Forschung (WBF)
Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation (SBFI)
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

17. Dezember 2019

Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation

Sehr geehrter Herr Bundesrat Parmelin,
sehr geehrte Frau Tobler

Der Vorsteher des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) hat uns mit Schreiben vom 20. September 2019 den Vorschlag zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) zugestellt. Dazu nehmen wir wie folgt Stellung:

Wir haben Ihren Vorschlag geprüft und sind weitgehend damit einverstanden. Wir teilen die Ansicht des Bundesrates, dass die aktuelle Gesetzgebung zu wenig Spielraum für die sich rasch ändernden Bedürfnisse in der Innovationsförderung bietet. Wir begrüssen insbesondere den Vorschlag, die Schweizerische Agentur für Innovationförderung (Innosuisse) ab 2021 in klar definierten Feldern mit mehr Freiraum für die Erfüllung ihrer Förderaufgaben auszurüsten.

Mit einigen Punkten sind wir jedoch nicht einverstanden und stellen folgende Anträge:

1. Ressortforschung des Bundes: Art. 16 Abs. 6 FIFG hat eine Abgeltung von indirekten Forschungskosten (Overhead) für Auftragsforschung nach Art. 16 Abs. 2 Bst. a FIFG vorzusehen.
2. Weitere Unterstützungsmassnahmen: Die Massnahme nach Art. 20 Abs. 2 Bst. c FIFG ist zu streichen, weil sie in der vorgeschlagenen Form nicht zielführend ist. Sie hätte eine zu weite Öffnung des Destinatärkreises zur Folge. Wir befürchten, dass die Beiträge an Organisationen, Institutionen oder Personen, welche die Gründung und den Aufbau von Jungunternehmen unterstützen, weniger effizient und effektiv genutzt würden, als von den Jungunternehmen selbst. Wir raten, sich im Rahmen der Änderungen des FIFG mehr auf die direkte Förderung von Start-ups und Spin-offs zu konzentrieren und somit die Attraktivität der Schweiz für Jungunternehmen zu stärken, anstatt eine nationale Koordination anzustreben.
3. Abgeltung der indirekten Forschungskosten: Die Anhebung des maximalen Beitragsatzes nach Art. 23 Abs. 2 FIFG für Technologiekompetenzzentren nach Art. 15 Abs. 3 Bst. c FIFG sollte zu Gunsten einer generellen Anhebung des Overhead-Beitragsatzes gestrichen werden. Eine Abkehr von der bisher geltenden Gleichbehandlung zwischen Hochschulen und Wissenstransferzentren ist in diesem Sinne nicht begrüssenswert.

Wir gehen davon aus, dass durch die neue Regelung die Innovations- und Gründerdynamik zunimmt, was einen positiven Effekt auf unsere Volkswirtschaft hat. Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Roland FÜRST
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber